Nummer 145

Solidarität unsere Chance

____Dezember 2019

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV 1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: http://prosv.akis.at * www.prodemokratie.com



"Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts"



... Ibiza, rechtsradikale Netzwerke, schwarze und blaue Parallelstrukturen in BVT und BMI, ÖVP-Spenden ...

> Mehr über die Republik im "Casino-Modus" auf den folgenden Seiten ...

Licht ins Dunkel

Das ist die löbliche jährliche Spendenaktion, wo Geld gesammelt wird um etwas Licht in das Leben hilfsbedürftiger Menschen zu bringen. Eine ganz andere Bedeutung dieser Schlagzeile hat das teilweise Aufdecken der Spendenaktivitäten an die österreichischen Parteien gebracht. Durch diese Spenden wurde etwas Licht ins Dunkel der Abgründe der wirklich bestimmenden Machteliten gebracht. Unsere politischen Repräsentanten sind dabei noch keine direkten Mitglieder dieser im Hintergrund agierenden Mächtigen, sondern sie gehören zu den Handlangern bzw. deren Personal und die zu wählenden Parteien sind nur die Personalabteilungen der wirklich mächtigen Akteure. In Nachbarstaaten und auch weltweit nehmen Oligarchen schon direkt die politischen Geschäfte in die Hand. Vorneweg, bei diesen Spendenaktionen sind natürlich die Regierungsgruppierungen, aber alle anderen Parteien beschreiten ähnliche Wege. SPÖ, Grüne und erst recht die NEOS bieten sich immer wieder als Koalitionspartner an und denken nicht im Geringsten daran der rasanten Umverteilung der Mittel und der Macht von ARM zu REICH entgegenzutreten.

Von unserer klein(kariert)en Welt in der nach Friedrich Hebbel die groß(kariert)e ihre Probe hält zur allgemeineren Betrachtung dieser Probleme. Die Diskrepanz zwischen Volk und Machthabern ist uralt und zu Wahlzeiten wird immer der Begriff Demokratie in Stellung gebracht. Das Wort Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet ...Herrschaft des Staatsvolkes", aktualisiert also politische Systeme, in denen Macht und Regierung vom Volk ausgehen. Es löst, wie auch das Wort Freiheit, emotional bei vielen Menschen die Hoffnung aus, dadurch die Macht der Eliten einzugrenzen und der Gewalt der Mächtigen weniger ausgesetzt zu sein.

Der griechische Historiker Thukydides (ca. 450 bis 399 vor Christus) war der Erste, der sich über die Natur des Menschen und über Regierungsformen Gedanken gemacht und diese niedergeschrieben hat. Er war der Auffassung, dass "die Masse eine Neigung zu Affekten und Leidenschaft hat, auf Kosten der Vernunft. Die politischen Führer seien vor allem durch ein Verlangen nach Macht geleitet um Herrschsucht und Ehrgeiz zu befriedigen. Jede gute Regierungsform muss daher den Schwachstellen der menschlichen Natur Rechnung tragen und eine Demokratie könne dies, seiner Auffassung nach, nicht leisten". Als Idealform sah er daher eine Regierungsform an, die dem Namen nach eine Demokratie, aber in Wirklichkeit die Herrschaft des ersten Mannes (Führers) sei.

Der Philosoph Aristoteles (384 -322 v.Chr.) vertrat eine ähnliche die Auffassung. Er betrachtete Timokratie, die Herrschaft der Angesehenen und Besitzenden als ideale Staatsform. Die Demokratie betrachtete er als eine Zerfallsform. da dabei die Armen die Mehrheit wären und den Besitz der Reichen aufteilen könnten, was er als Unrecht ansah. Dieser Grundgedanke findet sich auch in den Ursprüngen der amerikanischen Verfassung. Jede Regierungsform müsse so gestaltet sein, dass sie die Minderheit der Reichen gegen die Mehrheit der Armen schützt, sagte James Madison (1751-1836) der gepriesene "Vater der amerikanischen Verfassung" und vierte US-Präsident. Sein Lösungsvorschlag für das Spannungsverhältnis zwischen Volk und Eliten war die Repräsentative Demokratie, de facto also eine Oligarchie, mit der sich die Eigeninteressen der reichen Minderheit absichern ließen.

Alle diese "Demokratie"-Vorstellungen zum Schutz der Reichen entstanden in Sklavenhalterstaaten, wo der arme Bevölkerungsanteil, der den Wohlstand erarbeiten musste, ohnehin von allen gesellschaftlichen Rechten und fast allen menschlichen Grundrechten ausgeschlossen war. Dieses, von der reichen Oberschicht

geprägte Menschenbild durchzieht die gesamte abendländische Geschichte mit einer ausgeprägten Demokratiefeindlichkeit. Sklaverei, Leibeigenschaft, Kolonialismus, Rassismus und Menschenverachtung reichen bis in unsere Tage. Trotzdem wird in der Neuzeit, auch von der reichen, oligarchischen Minderheit die Demokratie praktisch zur einzigen möglichen Herrschaftsform erklärt, mit der sich politische Macht legitimieren lässt. Diese Paradoxie, dass die Reichen und Mächtigen für Demokratie eintreten, lässt sich nur mit dem Trick der "Repräsentativen Demokratie" erklären, wo die Illusion der Demokratie und Freiheit aufrechterhalten und damit das Volk ruhig gestellt werden soll. Wir haben politische Vertreter (Repräsentanten), die aber nicht laufend dem Volk rechenschaftspflichtig sind und auch nicht jederzeit abwählbar sind. Sie stellen eine Pufferzone zwischen dem Volk und den Eliten dar. Wir sind damit aber weit entfernt von einer Demokratie, der Volksherrschaft.

Es gibt bei dieser Regierungsform auch keine Verantwortlichkeit. Weder die politischen Vertreter noch deren Auftraggeber aus der Wirtschaft werden für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen oder bekennen sich als verantwortlich. Man kann die größten Katastrophen anrichten und es gibt keine Verantwortlichen. Das Bewusstsein über die fatalen Folgen der Taten scheint aber schon vorhanden zu sein, da man Bezeichnungen kreiert, die ihre Auswirkungen auf die Menschheit verschleiern und verniedlichen sollen. Man sagt deshalb Finanzkrise und nicht Kapitalverbrechen, und Kriege mit Millionen Opfern und Vertriebenen werden Terrorbekämpfung genannt. Es gibt deshalb auch eine Klimakrise und keine Verbrechen gegen die biologischen Lebensgrundlagen unserer Erde. Die Täter bleiben verborgen. Wir waren noch nie in einer Situation, wo die Feinde der Demokratie und unserer Lebensgrundlagen so unsichtbar waren wie heute. Der Neoliberalismus, die neueste Ausprägungsform des Kapitalismus, hat die Unsichtbarmachung der Macht perfektioniert. Die organisierte Kriminalität der besitzenden Eliten ist durch das Steuerrecht verrechtlicht worden und in den Steueroasen haben Betrugsmilliarden die Gemeinwesen angehäuft. Das Menschenbild der Sklavenhalter wird wieder deutlicher sichtbar und wurde durch eine Radikalform der Verhaltenspsychologie (Behaviorismus) auf alle Lebensbereiche, besonders auf die Wirtschaft ausgeweitet. Entsprechend dieser, zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen und in den 50iger Jahren radikaler werdenden und allen totalitären Systemen gefälligen Denkrichtung, ist der Mensch nur Rohmaterial, eine Festplatte, auf die man nur die gewünschte Software aufspielen muss und dann werden die gewünschten Reaktionen nach Reizung schon reflexartig ausgeführt. Das wurde von den Vertretern dieser Ideen auch als "ideales finales Befriedungsprogramm" für die Bevölkerung angesehen, "man muss den Menschen nur die Illusion der Freiheit geben, dann sind sie zufrieden".

Seit geraumer Zeit wissen wir aber durch zahlreiche Forschungsergeb-Kognitionsforschern, nisse von Psychologen, Sprachforschern und Neurobiologen, dass dieses Menschenbild nicht richtig ist. Wir kommen schon als soziale Wesen zur Welt, mit einer Basis von Moral (Protomoral) und wir haben bereits eine Anlage zu Fairness und Gerechtigkeit. Wir können auch Zwang und Freiheit unterscheiden und es gibt eine natürliche Konzeption von Verantwortlichkeit. Jedoch werden die Handlungen anderer mit anderen Standards gemessen, als die eigenen und das ist die Basis für die Doppelmoral. Man kann kulturell und durch Erziehung gegen diese Doppelmoral arbeiten und dazu kommen, dass alle Menschen als gleichwertig angesehen werden und das Recht haben über ihr Schicksal zu bestimmen, oder man kann diese Doppelmoral perfektionieren und als Grundlage des Handelns erklären; dabei ist die europäisch abendländische Kultur Meister.

Hier wird die Basis dazu geschaffen, dass sich die Bevölkerung nicht gegen den Betrug und die Entwürdigung durch die Herrschenden auflehnt. Gerade in einer Demokratie könnte sie auch NEIN sagen. Mit der Repräsentativen Demokratie wird aber mit allen Mitteln verhindert, dass sich die, durch berechtigte Ängste, entstehende Empörung gegen die eigentlichen Zentren der Macht richtet. Die FPÖ, aber auch alle anderen Parteien, die sich populistischer Mittel bedienen, lenken die Empörung gegen Migranten und Arme. Ein Standardtrick, der wegen



der propagierten Doppelmoral überall funktioniert. Aufkommende Besinnung auf die ebenfalls angeborenen sozialen Werte und Solidarisierung mit den Unterdrückten wird mit allen Mitteln verhindert. Die Medien, die auch überwiegend in der Hand von Oligarchengruppen sind, funktionieren als Gewerbe, sie verkaufen Meinungen und Informationen und liefern den Rahmen Operationen der Machteliten. Sie tragen mit der Zersplitterung der Information, die das Erkennen von Zusammenhängen verhindert, einen Großteil zur Apathie und Untätigkeit in der Bevölkerung bei. Neben der so umgelenkten Unzufriedenheit der Bevölkerung besteht auch eine Unzufriedenheit bei den Herrschenden. Diese merken allmählich, dass die Ablenkung der Bevölkerung von ihren wahren Bedürfnissen, wie Frieden, Klimaproblematik, soziale Sicherheit und globale Gerechtigkeit immer aufwendiger wird und durch gekaufte Politik, Medien und Konsumismus nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Es geht langsam mit aufmüpfigen, spontan entstehenden

Bewegungen, wie z.B. die Gelbwesten oder Fridays for Future auch an die Zentren der neoliberalen. kapitalistischen Macht. Sie fordern daher eine schärfere, modernere und finanziell aufwendigere Überwachung und Militarisierung der Bevölkerung. Für manche repräsentative Demokratien werden auch schon Militärregierungen angedacht (z.B. Griechenland). Das heißt, Konflikt wird härter und militanter und geht von oben aus. Zerstörung der staatlichen Sozialsysteme durch die Wirtschaft wird nicht nur durch ihre Gier

angetrieben (zu viel ist nicht genug), sondern auch durch die Wurzel, der Repräsentativen Demokratie in Sklavenhalterstaaten und deren Menschenbild. Eine verarmte Bevölkerung, aus prekär

Beschäftigten, Zwangsarbeitern, Sozialhilfeempfängern und isoliert tätigen Scheinselbständigen,

deren soziale Rechte in Almosen umgewandelt wurden, ist natürlich sehr viel einfacher zu regieren, als mündige und organisierte Bürger einer Demokratie

Es wäre deshalb höchst an der Zeit, dem, vom neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftssystem und seinen politischen Repräsentanten angeheizten Konkurrenzdenken, dem geschürten Hass und der Menschenverachtung entgegenzutreten und die, in uns vorhandenen positiven sozialen Verhaltensweisen zu leben.

Lassen wir uns nicht durch Scheinauseinandersetzungen der für uns lebens-gefährlichen Polit- und Machteliten und deren Handlanger täuschen und weiter ruhigstellen, sondern organisieren wir uns zu unserer Rettung und kämpfen wir schlicht und einfach für die DEMOKRATIE.

(Artikel aus: Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg, 4/2019)



Statt Zerstörung unseres Planeten durch:

Profitgier, Ausbeutung und Krieg, Über- und Wegwerfproduktion, Vergeudungswirtschaft, Großkonzerne und Industrielobbys, profithörige Regierungen

Klimaschutz durch:

Wirtschaften für – nicht gegen die Menschen, Bedarfsorientierte Produktion – Erzeugung langlebiger Produkte, achtsamer Umgang mit den Ressourcen, Entmachtung unwilliger und unfähiger Wirtschaftsmanager und Politapparate,

Ausstieg aus fossilen Energien und Atomkraft, Umverteilung von Reich zu Arm. Solidarität und Widerstand!

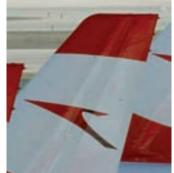
> Erkennen * handeln * verändern UFF – es ist nicht leicht, aber packen wir's an

> Obenstehendes Flugblatt wurde beim 4. weltweiten Klimastreik am 29. November 2019 in Wien verteilt.



Rede für die Klimademo, siehe Link:

http://atomgegner.at/wpcontent/uploads/2019/12/REDE_ggaewl_KLIMA_29-11-19_HP-3.pdf





AUA

Personalabbau wegen Verdoppelung des Gewinnziels durch Lufthansa

Jeder zehnte der mehr als 7.000 Arbeitsplätze bei der AUA sollen bis Ende 2021 gestrichen werden, in Summe 700 bis 800! Als Grund wird die Billigfliegerkonkurrenz angegeben. Doch das ist nur der Vorwand, reines Profitstreben ist der der wahre Grund wie AUA-Chef Alexis von Hoensbroech selbst sagt: "Wir kommen von 4% Rendite, wollen auf 8%. Das war vor einem dreiviertel Jahr das Ziel, und das ist heute das Ziel..."

<u>Zum Nachhören</u>: Ö1 Mittagsjournal, 7. 11. 2019, unter: www.prodemokratie.com

Vor mehr als 10 Jahren wurde die AUA durch Bilanzierungsgestaltung (u.a. mittels Basel II) als defizitär hingestellt. Dann nicht mit dem für die AUA besseren Partner (Air France/KML) verhandelt, sondern mit der Lufthansa.

Was damals Kritiker befürchteten, dass die Lufthansa nur den lästigen Konkurrenten AUA "aufkaufen" will, um die AUA letztlich völlig im Interesse der Lufthansa auszulöschen, findet seitdem statt.

Damals warf die Republik Österreich der Lufthansa als "Verlustabdeckung" für die AUA 500 Milllionen nach und "verkaufte" die AUA dann um 336.000 Euro an die Lufthansa. Versprochen wurde Aufschwung, gekommen sind seitdem nur Sparpakete – für die Belegschaft. Das Management wechselt alle paar Jahre und verdient immer mehr und sehr, sehr gut.

Zum Nachlesen: Archiv "Arbeit & Wirtschaft": https://www.arbeit-wirtschaft.at/home/archiv/ Nr. 11/2008 und Nr. 2/2009

Regierungsverhandlungen:

Die Republik in türkis-schwarz-blauer Geiselhaft mit grüner Behübschung

Bei der letzten Nationalratswahl ist die Wahlbeteiligung wieder zurückgegangen (von 75% auf 70%). Die Zugewinne des Strahle-Worthülsen-Ober-Türkisen sind damit gar keine echten gegenüber 2017. Somit sind wieder die Nichtwähler die größte "Partei". Das hilft aber wenig, denn die Türkis-Schwarzen wollen das ganze Land umfärben. Zuerst mit den Roten, dann mit den Blauen und jetzt eben wird versucht, dieses Spiel mit den Grünen weiter zu betreiben. Hauptsache die Wirtschafts- und Industriekapitäne kommen auf ihre Rechnung. Sei's drum, wenn man da ein grünes oder Klimaschutz-Mäntelchen der Profitwirtschaft umhängen

TATKERNI TST KURZI EIN STRACHE.

Wahlplakat 2019 der Grünen

Dem Grünen-Chef Kogler wird schon etwas einfallen zur Be-grün(d)ung, hoffen manche in den Wirtschaftszentralen, die auf Türkis-Grün setzen. Noch im Nationalratswahlkampf im September haben die Grünen Kurz richitgerweise als Chamäleon (dieses Tier kann bei Bedarf die Farbe wechseln), als türkisen Strache bezeichnet. Jetzt wollen sie mit ihm regieren.

Profitschutz statt Klimaschutz

Militärs, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung haben schon ihre Forderungen an eine künftige Regierung gestellt. Da steht klar im Vordergrund: die arbeitenden Menschen sollen weiter geschröpft werden. Das Militär will ein "Sicherheitskonjunkturpaket" EU-Aufrüstung und Auslandseinsätze. Die Unternehmer wollen "Entlastungen". Im mehr

Wirschaftssprech heißt das: "Arbeitskosten senken". Das bedeutet im Klartext, die Unternehmer wollen nicht höhere Löhne und Gehälter bezahlen und zudem auch ihren "Arbeitgeberbeitrag" (den wir in den Betrieben und Büros erwirtschaften) zur z.B. Sozialversicherung senken.

Wenn überhaupt etwas der breiten Masse der Bevölkerung an Brosamen hingeschoben wird, dann vor allem über weniger Sozialversicherungsbeiträge oder vielleicht über weniger Lohnsteuer. Die Massensteuern bleiben gleich hoch oder werden erhöht und belasten Geringverdiener immens, während Höherverdiener und Reiche das nicht spüren. Die paar Euro für netto mehr Niedrigverdiener werden

uns als "mehr netto im Börserl" verkauft. Hauptnutznießer davon ist aber die Wirtschaft. Denn weniger Sozialversicherung heißt auch weniger "Arbeitgeberbeitrag" (siehe oben).

Was der Sozialversicherung oder der Staat an Einnahmen verliert, fehlt dann vor allem der Allgemeinheit z.B. bei Gesundheit, Bildung, Pensionen usw. Die Reichen haben Geld genug für Privatmedizin, Privatschulen, Privatunis usw. Was der Sozialstaat dann mangels Einnahmen nicht mehr leisten kann, sollen wir dann "privat" durch Selbstbehalte, Studiengelder oder private "Vorsorge" (die privaten Versicherungen werben ja praktisch schon jeden Tag in jeder Zeitung mit der "staatlichen Pensions-lücke") oder durch höhere Preise und Tarife und Gebühren bezahlen. Aber die realen Löhne und Gehälter sinken!

Und wenn – wie es die Politik von der EU bis nach Österreich in Worten fast tagtäglich beteuert wird – etwas für den Klimaschutz geschehen soll, dann werden wir schon darauf eingestimmt, dass das "natürlich" die Masse der Bevölkerung bezahlen soll, nicht die Wirtschaft, die ja schon so stark "belastet" sei. Die Gewinne der Versicherungen, Banken und Konzerne zeigen das Gegenteil.

Ablenkungsmanöver

Alle reden vom Ibiza-Video, keiner davon, dass dieses schon im Juli 2017, vor der damaligen Nationalratswahl im September 2017 aufgenommen, aber erst im Mai 2019 öffentlich gemacht wurde. Warum eigentlich? Wer immer das Video in Auftrag gegeben hat, Hauptnutznießer war und ist die ÖVP und die Wirtschaft. Wäre dies alles schon 2017 vor der Wahl bekannt geworden, wir hätten uns die VP-FP-Sozialabbau-Regierung erspart. Wohl auch, dass sich Kurz jetzt als "Retter der Republik" vor den Rechten darzustellen versucht. In Wirklichkeit arbeitet Kurz so auf noch mehr Machtfülle "seiner" inzwischen selbst weit rechtsstehenden ÖVP hin.

Von all dem soll abgelenkt werden und wird auch durch die diversen Korruptionsskandale und Postenschacher (Casinos, BVT usw.) abgelenkt.

Kurz hat angekündigt, dass die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen viel Zeit in Anspruch nehmen werden und bedauert in jedem zweiten Satz, dass er eigentlich gerne mit der FP weiterregieren will, diese aber nicht wolle. Kurz will scheint's Zeit gewinnen, eventuell abwarten ob und wann Strache aus der FP rausgeworfen wird und die FP dann doch ein Juniorpartner wäre. Auch die Koalitionsverhandlungen könnten wegen "unüberbrückbaren Positionen" platzen. Selbst wenn Kurz mit den Grünen zu regieren beginnt, kann er es machen wie mit der FP und sagen: Er hätte es zwar probiert, aber es geht doch nicht. Und dann, weil ja mit allen "kein Staat zu machen sei" (Kurz: "Die SPÖ kann es nicht, die FPÖ will nicht"), eine schon oft von Kurz ins Spiel gebrachte VP-Minderheits-Alleinregierung versuchen. Bundespräsident Van der Bellen ist dem ja nicht ganz abgeneigt. Schon im Mai nach dem Ibiza-Video hat er ja eine solche angelobt. Diese VP-Minderheits-Alleinregierung wurde dann durch das Misstrauensvotum gegen Kurz zu Fall gebracht. Seitdem haben wir eine "Kurz"-Übergangsregierung" ohne Kurz.

Soll so mittelfristig auf Neuwahlen hingearbeitet werden, Österreich noch autoritärer regiert werden? Denn inzwischen krallen sich die VP-Bonzen und deren Wirtschaftsbosse den gesamten Staat, vor allem Finanz-, Wirtschafts-, Außen-, Innenund Verteidigungsministerium usw. und Posten in staats-nahen Betrieben. Im Privatsektor sind sie ja schon immer unter sich – und das soll auch so bleiben.

Was heißt das für uns?

Industrie und Wirtschaft wollen weiter ihr Programm durchziehen. 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche haben sie schon. Was das bedeutet, werden die arbeitenden Menschen besonders dann spüren, wenn die Krise wieder stärker wird. Wenn die Arbeitslosenzahlen vom jetzt schon hohen Niveau noch mehr ansteigen werden, weil die Firmen Leute rausschmeißen, sollen die Verbleibenden mehr und länger und ohne Überstundenzuschläge arbeiten. So gesehen war der Beschluss des Gesetzes zum 12-Stunden-Tag eine Art Vorratsgesetz für die Wirtschaft, damit sie in einer kommenden Krise trotzdem ihre Profite sichert – noch mehr auf Kosten der Menschen als schon bisher.

Was die Unternehmer auch schon haben, ist die Mehrheit ihrer Vertreter in der ab 1. Jänner zur ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse) zusammengelegten Gebietskrankenkassen (GKK) der Arbeiter und Angestellten. Das heißt, dort kann nunmehr die Wirtschaft über die Versicherungsgelder der 7,2 Millionen Arbeiter und Angestellten bestimmen, diktieren was mit diesen Geldern passiert, wohin sie für wen fließen. Stichwort: u.a. mehr und

höhere Selbstbehalte, mehr und für die arbeitenden Menschen teurere Wahlärzte statt Kassenärzten.

Weiters steht auf dem Wunschzettel der Unternehmer, dass die Arbeiterkammer durch Kürzung der AK-Umlage "billiger" und die Betriebsräte durch Zusammenlegung von Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrats-körperschaften "weniger" werden müssen. So will man die direkten und indirekten Vertreter*innen der Arbeitenden schwächen und letztlich weghaben. Das heißt, sie wollen noch mehr "Freiheit". In Wirklichkeit heißt das noch mehr Willkür Unternehmer in der Arbeitswelt, um noch leichter ihre Profite zu sichern. Die Folgen für uns arbeitende Menschen: Erhöhung des Drucks auf Arbeitsbedingungen und -zeiten sowie Lohn- und Gehaltsdumping.

Gewerkschafts- und AK-Spitzen oder diejenigen in den SP-Spitzengremien, die noch zurechnungsfähig sind, müssen sehen: Sozialpartnerschaft ist Vergangenheit.

Das hinhaltende Warten der Gewerkschafts-, AK- und ÖGB-Oberen bei 12-Stunde-Tag und "Sozialversicherungs-Reform" haben gezeigt, dass die Hoffnung darauf falsch und für die arbeitenden Menschen schädlich ist. Widerstand und Kampf ist die einzige Chance. Solidarität und Streik ist unsere Stärke. Außerparlamentarische Opposition von unten notwendig. Je früher das endlich verstanden und angegangen wird, desto besser.

Punktabzug für Frauen, Mütter und über 50-Jährige: So entscheidet der AMS-Computer über Arbeitslose



Algorithmus

Ab 2020 entscheidet kein Mensch, sondern ein Computer darüber, wen das AMS fördern soll und wen nicht. Menschen werden vom AMS-Algorithmus in 3 Kategorien eingeteilt – Arbeitslose über 50

oder Mütter bekommen Abzüge. Wer in der letzten Gruppe landet, wird aufgegeben und in separate Beratungszentren ausgelagert. Die drei Kategorien sind: Grün (hohe Arbeitsmarktchancen), gelb (mittlere Chancen) und rot (wenig Chancen). An einem durchschnittlichen Tag im Jahr 2017 wären ca. 120.000 der 340.000 Arbeitslosen dem niedrigsten

Segment zugeordnet, 170.000 dem mittleren, und 50.000 dem höchsten.

Wer es besonders schwer hat bekommt weniger. Personen, die dem roten Segment zugeordnet werden, werden in billige Beratungseinrichtungen gesteckt. Die Arbeitslosen bekommen kein Geld für Kurse (Ausbildungen, Trainings, Deutschkurse, etc..), keine geförderte Beschäftigung im Rahmen von sozioökonomischen Betrieben und weniger Betreuungszeit durch AMS.

Kurse und Beschäftigungsprojekte sollen Personen im mittleren Segment vorbehalten bleiben. Die Idee dahinter ist einfach: Unterstützung bekommen nicht die Arbeitslosen, die es am dringendsten brauchen, sondern jene, die die Erfolgsstatistiken der Regierung und des AMS aufpolieren.

(Quellen: kontrast.at, aktive-arbeitslose.at, sozialplattform.at, epicenter.works)

Casinos Austria:

Der Euro rollt ... in Richtung Ausverkauf

Wir haben schon in unserer letzten Zeitung Nr. 144 herausgearbeitet, es bei dem mittlerweile abberufenen Finanzvorstand und FP-Bezirksrat Peter Sidlo vermutlich zwar um Postenschacher und versuchte Einflussnahme auf Gesetzgeber und Casinos Austria (Casag) und um Lizenzen im so profitträch-Glücksspielgeschäft Dahinter tobt schon seit Jahren ein Kampf zwischen den Glücksspielkonzernen Novomatic und der tschechischen Sazka-Gruppe um die Mehrheit an der lukrativen Casag und ihrer Tochtergesellschaft Österreichische Lotterien. Jetzt ist die Katze aus Sack: 33.24% hält die Staatsholding ÖBAG der Republik Österreich an der Casag. Novomatic will ihre Casag-Anteile (17,1%) an Sazka (38.3%) verkaufen, womit die Cash Cow ans Ausland wandern würde.

Geld spielt beim Ausverkauf keine Rolle. Sidlo, zuerst bei vollen Bezügen (350.000 Euro/Jahr) beurlaubt, dann abberufen, überlegt nun seinen Vertrag, der bis Ende 2022 läuft, einzuklagen. Auch die wegen Sidlo in der Casag zuvor vorzeitig abberufenen Vorstände bekommen bis Vertragsende 100.000e Euro für's Nichtstun.

Auch in der medialen Öffentlichkeit nur am Rande erwähnt wird, dass in dem Desaster vor allem schwarztürkise und blaue Polit-Günstlinge am Werk waren (die blauen) und sind (die schwarz-türkisen). So war die jetzige Casag-Generaldirektorin Glatz-Kramsner früher VP-Kurz-Der jetzige ÖBAG-Chef Vize. war Schmid Thomas früher Generalsekretär von Ex-ÖVP-Finanzminister Löger. Die früheren ÖVP-Finanzminister Löger, Schelling oder Josef Pröll waren die zuständigen Minister für die ÖBAG (ÖBIB) und Casag. Löger steht nicht mehr für die Politik zur Verfügung. Schelling hat laut Zeitung "Die Presse" seinerzeit die Sazka-Gruppe an Bord geholt. Josef Pröll, Neffe von

Ex-NÖ-LH Erwin Pröll und NÖ-Landesjägermeister, hat die Hypo-Alpe-Adria zur Freude von Raiffeisen und Bayerische Landesbank 2010 notverstaatlicht (damals mit Hilfe des 2006 von FPÖ/ÖVP-Finanzminister Grasser zum Präsidenten der Finanzprokuratur ernannten Wolfgang Peschorn, der mittlerweile "parteifreier" Übergangs-Innenminister ist) und wurde nach dem Ende seiner Polit-Karriere Chef einer Raiffeisen-Tochtergesellschaft. Auch Raiffeisen hat einen Anteil an der Casag.

Während die Zahl der Posten in staatsnahen Betrieben bei Rot und Blau einmal mehr, einmal weniger ausmachten, blieb die Zahl an Posten für die schwarze und nunmehr türkise ÖVP über die letzten 30 Jahre gleich hoch.

Grünen würden in der Casino-Affäre keine Verwicklung der VP sehen. Die Versuche, Postenschacher und Gesetzesbeeinflussung zu verschleiern gehen zum Lasten der Bevölkerung weiter. Diesmal machen es die türkisschwarzen nicht mit roter oder blauer, sondern mit grüner Schützenhilfe.

Nachdem die ersten Gerüchte um Postenschacher aufgekommen sind, haben die Medien davon gesprochen, dass die beste Lösung dagegen die Privatisierung von Firmen mit Staatsbeteiligung sei. Jetzt, wo ganz deutlich ist, welche Rolle dabei der Privatkonzern Novomatic spielt, gehen die Zeitungsschreiberlinge auf's Ganze. So schreibt Chefredakteures Regierungsorgans "Wiener Zeitung", im Zusammenhang mit der Casag von "Systemversagen". Nun, nach all dem Gesagten handelt es sich bei dem

> Geschilderten eher um System statt Versagen. Um im Bild des Glücksspiels zu bleiben: um "Systemspieler". Diese wechseln zwischen Politik und Wirtschaft (egal ob privat oder staatsnahe) und umgekehrt und handeln wie es scheint jeweils vor allem zum eigenen Vorteil.



Postenschacher mit System

Die öffentlich gemachten "Chats" zu Novomatic und Casinos zwischen FP- und VP-Ministern sind entlarvend. Obwohl Kurz zu dieser Zeit Kanzler war, weiß er jetzt von nichts nach dem Motto: Mein Name ist Hase. Kogler wiederum, gerade mit Kurz in Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der Grünen als Juniorpartner, rückt zur Verteidigung von Kurz aus und sagt: die

Glück für die einen ...

Dass an den Machenschaften, Korruptionsverdächtigungen und Postenschachereien etwas dran ist, ist ja eigentlich für jeden Normalbürger zum Greifen. Ob letztendlich etwas übrig-bleibt und Konsequenzen gezogen werden, darf bezweifelt werden (siehe Grasser-Prozesse und andere). Aus unser aller Steuergeld finanziert, bezahlen hochgekommene Abgeordnete oder Minister um viel Geld Anwälte. Diese versuchen dann für die Unschuldsvermuteten so viel wie möglich wieder "zu Recht" zu biegen. Auch und vor allem dazu, dass die Privatkonzerne wieder in Ruhe ihrem für sie hoch einträglichen Glücksspielgeschäft nachgehen können. Die Wirtschafts- und Politklasse lebt in Saus und Braus und will sich ungestört noch mehr bereichern.

... Belastungen für die anderen

Gleichzeitig wird mit dem ganzen Tamtam, bei dem wir nur entsetzt und angewidert zuschauen, aber ja nicht eingreifen sollen, davon abgelenkt, was der breite Masse der Menschen das tägliche Leben schwer macht: kaum reale Lohn-, Gehalts- oder Pensionserhöhungen, dafür aber geschmalzene Erhöhungen von Mieten und Lebensmittelpreisen, kein Geld übrig am Ende des Monats, Ver-

schuldung, steigende Arbeits- und Obdachlosigkeit.

Das können oder wollen sich die Bosse und Bonzen in ihren Konzernund Politzentralen nicht vorstellen. Für sie soll es immer ein Oben und Unten geben. So bleibt für sie alles zum Besten. Und: sie wollen auch oben bleiben und absahnen – um jeden Preis.

Es ist höchst an der Zeit

Doch das ist kein Naturgesetz. Denn wären wir nicht arm, wären sie nicht reich! Es wird Zeit, dass den Klimastreiks Streiks folgen: für Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten, für höheres Arbeitslosen- und Sozialhilfegeld von und mit denen man auch leben kann, für Streiks gegen Kündigungen, Mieten- und Preiserhöhungen, gegen Medien- und Digital-diktatur, gegen Polizei- und

Überwachungsstaat. Das ist gut fürs Klima und gut für die Menschen!



Betriebsrät*innen, Gewerkschaftsund AK- Spitzen, ehrliche und junge SP-Mandadtar*innen aufgewacht! Wozu seid ihr gewählt, wozu seid ihr da? Gemeinsam mit den arbeitenden Menschen, nicht mit den Unternehmern, mit und nicht für die arbeitenden Menschen handeln.

Nachfolgendes Flugblatt wurde zum Nationalfeiertag verteilt

26. Oktober – Nationalfeiertag TAG DER NEUTRALITÄT

Neutralität statt Kriegspropaganda und Kriegsteilnahme



Österreichs Regierung hat schon 2017 der Teilnahme an einem militärischen Kerneuropa (PESCO) zugestimmt! Das beinhaltet unter anderem: Unser Militärbudget soll von ca. 2,6 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro fast verdreifacht werden, wir sollen Truppen und Material für Auslandseinsätze für die neue EU-Interventionsarmee bereitstellen, das bedeutet Neutralitäts-bruch! Und wir sollen für die Rüstung der EU mit zahlen.

Milliarden fürs Heer und für die EU- Aufrüstung, gleichzeitig Sozialabbau und Sparen auf Kosten der arbeitenden Menschen im Interesse der großen Konzerne, das ist die Politik der EU-Mächte für ihre Bevölkerungen!

Die EU-Armee dient der Durchsetzung der geopolitischen Interessen der Großmächte Deutschland und Frankreich, z.B. in Afrika oder im Nahen Osten. Deutsche Truppen stehen im Rahmen der NATO derzeit auch schon an Russlands Grenzen. Die EU unter Führung Deutschlands ist längst keine Friedens-, sondern eine Kriegsunion! Sie kann ihre Aufrüstungs- und Kriegspolitik am ehesten durchsetzen, wenn sie Bedrohungsszenarien nach innen und nach außen schafft. Die EU-Chefs behaupten etwa, dass die Auslandseinsätze von EU-Soldaten unserer Sicherheit dienen. Man will uns einreden, dass wir wegen der Flüchtlinge und wegen des Terrorismus, sei es in Afrika, sei es im Nahen Osten, militärisch präsent sein müssen. Die Menschen in Europa sollen das alles zahlen.

Die Teilnahme Österreichs an dieser Aufrüstung, an dieser Kriegsführung, ist mit unserer Neutralität völlig unvereinbar und macht uns zum Angriffsziel. 90% der Österreicher sind für die Beibehaltung unserer Neutralität! Nicht die Teilnahme an EU-Kriegsvorbereitungen, sondern die Wahrung der Neutralität ist friedensstiftend. Das Bundesheer ist dazu da unsere Neutralität zu schützen und nicht für Auslandseinsätze mit der EU oder NATO.

Die Lehre aus zwei verheerenden Weltkriegen: Nie wieder Kriegsteilnahme!

Auslandseinsätze für die neue EU-Interventionsarmee bedeuten Neutralitätsbruch, das heißt Verfassungsbruch. Das ist gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Österreicher. Nicht der Einsatz des Heeres für Profitinteressen der Konzerne erhöht unsere Sicherheit! Im Gegenteil. Das macht unser Land erst recht zur Zielscheibe.

Österreich auf dem Weg in die EU-Kriegsunion?!

Österreichs Regierung hat schon Anfang 2019 der Teilnahme am sogenannten EU-Verteidigungsfond zugestimmt. 13 Milliarden Euro von 2021-2027 sind da nur für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern vorgesehen. Das direkte EU-Rüstungsbudget im nächsten Haushaltsplan (2021-2027) beträgt schon ca. 60 Milliarden Euro.

Die EU hat nun an ihrer Spitze die frühere deutsche Verteidigungsministerin Von der Leyen (die eigentlich Kriegsministerin genannt werden müsste und nicht einmal Kandidatin bei der EU-Wahl war) als neue EU-Kommissionspräsidentin bestimmt. Das ist ein sichtbares Zeichen für den Aufrüstungs- und Kriegskurs der EU!

Dr österreichische Verteidigungsminister der Übergangsregierung, Thomas Starlinger, Ex-Adjutant von Bundespräsident Van der Bellen, setzt im Auftrag von van der Bellen den Aufrüstungskurs der vorigen Türkis-Blauen Regierung (2017-2019) nahtlos fort. Er forderte ebenso eine massive Erhöhung der österreichischen Militärausgaben. Van der Bellen hat ja schon seit Ende 2018 mehr Milliarden fürs Bundesheer verlangt.

Minister Starlinger droht der Bevölkerung unverhohlen mit der Gefährdung der Sicherheit des Landes und des Katastrophenschutzes bei Nichterfüllung seiner Forderung nach mehr Rüstungsmilliarden. Die geforderten Milliarden Euro dienen nicht dem Katastrophenschutz und der Sanierung von Fuhrpark und Kasernen in Österreich, sondern sollen vor allem für Abfangjäger, Schützenpanzer, EU-Aufrüstung, Auslandseinsätze im Rahmen von EU und NATO ausgegeben werden! Das hat nichts mit dem Schutz unserer Sicherheit und Neutralität zu tun. Im Gegenteil: d a s gefährdet unsere Sicherheit und Neutralität! Österreich wird an seinen Außengrenzen von niemandem bedroht. Was hier betrieben wird ist Angstpropaganda von Van der Bellen und Starlinger, um den Anschluss Österreichs und unseres Bundesheeres an die EU-Kriegsunion und die vielen Steuermilliarden dafür zu rechtfertigen. Das ist ungeheuerlich!

Während für die Aufrüstung viele Milliarden zur Verfügung gestellt werden, wird im sozialen Bereich zu Gunsten der 1% Super-Reichen bei der Masse der Bevölkerung drastisch gekürzt und gestrichen. (12-Stunden-Tag, 60-Stunden-Woche, Zerschlagung der Sozialversicherung, Kürzungen bei der AUVA, bei Mindestsicherung, Kindergeld für Niedrigverdiener oder Arbeitslosengeld usw.)

Diese Politik, die alle Regierungen seit langen betreiben, bedroht unsere Unabhängigkeit, unsere Sicherheit, sie droht uns wieder in den Krieg zu ziehen. Letztlich sind alle Parteien, Türkis/Schwarz, FP, SP, Neos und die Grünen für diesen Kurs und damit gegen die Neutralität.

Nicht Anschluss an die EU-Kriegsunion bzw. die NATO, sondern aktive Neutralitätspolitik bringt uns Sicherheit! Für ein neutrales Österreich ohne Kriegsbeteiligung!



Eindruck von der Kundgebung am 26.10.2019 in Wien beim Eingang zum Heldenplatz.

<u>Interview</u> zur Neutralität und gegen Aufrüstung des Bundesheeres im Namen von Katastrophenschutz.

Nachseh- und Nachhörbar unter:

http://atomgegner.at/wpcontent/uploads/2019/11/Leisch-Wilfried-Gew.-gg-Atomenergie-und-Krieg-26.10.2019-YouTube-360p-1.mp4

Europas Mangel an Pflegekräften beflügelt Investoren

Während der alternde Kontinent Europa von Technikfortschritt und neuen sozialen Medien geprägt ist, zeigt sich in herausfordernden Bereichen wie der Pflege jener Menschen, die das moderne Europa nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaut haben, eine zunehmend prekäre (gefährliche) Entwicklung.

Da in allen europäischen Staaten das Pflegepersonal fehlt, werden zunehmend Anwerbeabkommen mit Drittstaaten abgeschlossen. In Mitteleuropa, insbesondere in Deutschland, in Österreich und der Schweiz haben profitorientierte Investoren Interesse an Pflegeheimbeteiligungen bzw. Übernahmen gefunden. Französische Konzerne wie ORPEA und Korian betreiben europaweit Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, womit Um-sätze in Milliardenhöhe auf dem Rücken von pflegebedürftigen Menschen gemacht werden. Das Finanzunternehmen Nordic Capital übernimmt deutschen Pflegeheimbetreiber Alloheim vom vorherigen amerikanischen Investor Carlyle für 1,1 Milliarden Euro. Diverse GesundheitsRehabilitations-einrichtungen unter der Marke "OptimaMed" gehören zur ORPEA-Gruppe, deren operativer Gewinn 2016 mit 371 Millionen Euro beziffert wurde.

Um diese Gewinnspannen zu erzielen muss nach den Gesetzen des freien Marktes an den Kosten der Arbeitskraft gespart werden. Das hat entweder Personaleinsparungen zur Folge oder den Umstieg auf kostengünstigeres Personal, was wiederum Personal mit geringerer Qualifikation bedeutet – oder Personalanwerbung aus Ländern mit geringeren Einkommen. Beides führt in der Regel zu Qualitätsminderung.

Die Globalisierung zeigt ihre ersten Schattenseiten, sie spaltet Nationen und Generationen, die Grundfreiheiten der EU haben die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen und innerhalb der EU-Staaten sowie global verschärft.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Staaten der europäischen Union für eine Sozialunion genauso einsetzen wie derzeit für Sicherheit und Verteidigung. Für den European Defense Fund will

die Kommission 40 Milliarden Euro bis 2027 aus EU- und Staatsbudgets mobilisieren, wodurch die Sozialbudgets in den Staaten reduziert werden und soziale Konflikte an Schärfe gewinnen könnten. Die Wertigkeit jener, die Europa aus den Trümmern aufgebaut haben, sowie die Wertschätzung derer, die sich um Kranke, Alte und Bedürftige kümmern, könnte eine Vision für ein gemeinsames Europa sein, das Verteidigungsausgaben im vorgesehenen Ausmaß unnötig macht und notwendige Investitionen für andere Agenden (Kultur, Soziales, Bildung, Gesundheit) zulässt. Damit könnte die EU als Sozialunion mit neuer Strahlkraft für ein globales Miteinander attraktiv werden. Dieses Europa braucht Pflege!

Dieser Beitrag wurde uns von der Autorin, Alexandra Prinz in dieser gekürzten Fassung zur Verfügung gestellt. Zuvor erschien der Beitrag auch in längeren Fassungen in "Wiener Zeitung", "Die Presse" und "Salzburger Nachrichten".

Kassenfusion - ÖGK: Der Krankenversicherung werden Gelder entzogen

"So werden der Krankenversicherung (KV) mit der Neufassung des §319a ASVG bis 2023 zusammengerechnet etwa 220 Mio. € entzogen. Ab 2024 fehlen ihr jährlich allein aus diesem Posten ca. 130 Millionen €. Gekürzt werden auch Mittel nach § 1a des Gesundheits- und Sozialbeihilfengeset-zes. Bis 2023 werden der ÖGK ca. 73 Mio. € vorenthalten. Ab 2024 fehlen ihr jährlich etwa 25 Millionen €.

Schon seit Beginn 2019 müssen die KV-Träger jährlich 14,7 Mio. € für die Privat-klinik Währing des Strache Freundes Artur Worseg auf den Tisch legen (§ 149 Abs. 3a ASVG +Anlage 1 zum PRI-KRAF-Gesetz). Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) belastet dies bis 2023 mit insgesamt 53 Mio. € und in der Folge mit etwa 12 Mio. € pro Jahr.

Aus diesen Rechtsänderungen entstehen der ÖGK bis inklusive 2023 also vergleichsweise leicht berechenbare zusätzliche Belastungen in Höhe von 346 Mio. €. Ab 2024 fehlen der ÖGK jährlich 167 Mio. € ...

Krankenversicherungsreform: Kosten und Mittelentzüge für die ÖGK		
	Bis 2023 kummuliert	Ab 2024 jährlich
Mittelentzüge		
nach § 319a ASVG	220 Mio. Euro	130 Mio. Euro
nach § 1a GSBG	73 Mio. Euro	25 Mio. Euro
Nach § 341 ASVG	53 Mio. Euro	12 Mio. Euro
Zwischensumme	346 Mio. Euro	167 Mio. Euro
Kosten Gesamtvertrag	Zwischen Euro 574 Mio. und 2,16 Mia.	zwischen 145 Mio. und 574 Mio. pro Jahr
Fusionskosten	Zwischen Euro 300 und 400 Mio.	
Gesamt Untergrenze	1,22 Mia. Euro	312 Mio. Euro
Gesamt Obergrenze	2,9Mia. Euro	741 Mio. Euro

... Der allergrößte Brocken für die zukünftige ÖGK ist aber die Verpflichtung, einen bundeseinheitlichen Gesamtvertrag mit der Ärztekammer abzuschließen. ... Eine langsame und schrittweise Angleichung der ÄrztInnentarife (ohne Verbesserung irgendeiner Leistung für PatientInnen) würde die ÖGK bis 2023 kummuliert mit etwa 574 Mio. (und ab 2024 mit etwa 145 Mio. € pro Jahr) belasten. Eine vollständige Vereinheitlichung der ÄrztInnenhonorare kostet um die 573 Mio. € pro Jahr.

Egal, welche dieser Schätzungen sich als richtig erweisen würde, bliebe bei Umsetzung des österreichweiten Gesamtvertrags jedenfalls von den behaupteten Einsparungen auch im besten Fall nichts übrig. Zumindest nichts für die Versicherten und die PatientInnen...

Hinzukommt, dass die im Ernst & Young-Gutachten behaupteten Einsparungen nur zu einem – nicht näher ausgeführten – Teil auf die Krankenversicherung fallen (so es sie überhaupt geben wird)."

Stark gekürzt aus: Lukas Wurz: https://www.reflektive.at/manipulative-information-und-tiefpunkt-in-der-diskussion/



Kassenfusion:

Statt Patientenmilliarde Kranken-Bespitzelung

Was haben uns Kurz, Strache und Hartinger-Klein nicht versichert: Die Zusammenlegung der Krankenkassen (Gebietskrankenkassen, GKKs) der 7,2 Millionen Arbeiter- und Angestelltenversicherten zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) würde den Patienten 1 Milliarde Euro mehr für Gesundheit bringen.

Gar nicht reden wollten sie davon, dass durch die Fusion sich die Unternehmer in der neuen ÖGK zusammen mit ihren ÖVP-"Arbeitnehmervertreter" die Mehrheit gesichert haben (Umfärbung).

Immer sichtbarer wird, was das bedeutet:

- Zuerst stellte sich heraus, dass das "Wichtigste" war, ein neues Logo: Kosten: 400.000 Euro!
- Dann kam ans Licht, dass die angeblichen Einsparungen 300 bis max. Millionen ausmachen.
 Dem stehen aber Fusionskosten in Milliardenhöhe gegenüber (siehe nebenstehenden Beitrag).
- Eine Abmachung sieht vor, künftige ÖGK-Beschäftigte schneller abzubauen. ÖGK-Ziel: 30% der rund 12.000 Beschäftigten!
- Das heißt dann mehr Arbeit für die Verbleibenden und weniger Serviceleistung für die Patienten
- Jetzt will im Interesse der Wirtschaft der ÖGK-Überleitungsausschuss eine neue "Krankenordnung beschließen. Diese sieht vor, dass der Unternehmer die Überprüfung von Krankenständen durch die ÖGK anordnen kann (bisher nur "anregen"). Nach dem Wunsch der Unternehmer soll die Bestätigung der Arbeitsunfähigkeit künftig nicht nur den Beginn, sondern auch die voraussichtliche Dauer und die Ursache des Krankenstandes sowie die ärztlich angeordneten Ausgehzeiten bzw. Bettruhe beinhalten.

Es zeigt sich, was mit der Umfärbung zu befürchten war: Die ÖGK handelt direkt als verlängerter Arm der Unternehmer, stellt alle Arbeiter, Angestellten und Ärzte unter einen generellen Betrugsverdacht, schafft einen Unternehmer-Überwachungsstaat und hebelt das Datenschutzgesetz aus.

NEIN zur Krankenkasse in Unternehmerhand! JA zur sozialen Krankenversicherung!



Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

	Ich will eine Probenummer testen.	
	Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.	
	Ich bin an Treffen interessiert.	
Nam	ne:	
Adresse:		
Telefon:		
e-mail:		
	145/10	

145/19

Einsenden an: Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8, 1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen" Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Solidarität unsere Chance" ist zu 100 % das "Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen", Stiftgasse 8, 1070 Wien

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz. Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei, oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen erholsame Feiertage und alles Gute für 2020!

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK Verwendungszweck: Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Datenschutzerklärung:

Wir vom "Österreichischen Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen (ÖSK)" nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch das "ÖSK" zu den oben angeführten Zwecken.

Angela Merkel: NATO und PESCO

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrem wöchentlichen Video-Podcast am 13.11. 2019 die deutsche Bundeswehr zu deren Geburtstag gewürdigt und ihre Vorstellungen von der Rolle des deutschen Militärs skizziert. Sie sagte unter anderem:

... "Deutschland ist Mitglied in der NATO. Die NATO, das transatlantische Bündnis, ist der zentrale Pfeiler unserer Verteidigung. Allerdings wird immer klarer, dass wir Europäer, die europäischen Mitgliedsstaaten in der NATO, in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müssen. Das bedeutet, dass wir auch gerade den europäischen Teil der NATO stärker zusammenführen müssen. Dazu gibt es die strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik in der Europäischen Union, die sogenannte PESCO. Wir werden in Zukunft auch gemeinsam Waffensysteme entwickeln, um unsere Kräfte zu bündeln und damit effizienter arbeiten zu können. Dazu gehört das Projekt eines Kampfflugzeuges, genauso das eines Kampfpanzers. Deutschland und Frankreich sind hier an der Spitze der Entwicklung".

Merkel sagt also unter anderem, dass für die europäischen Mitgliedsstaaten der NATO das PESCO-Abkommen dazu dient, verstärkt militärisch aufrüsten zu müssen. Das heißt, Merkel sagt sinngemäß, dass PESCO zu einem EU-Teil der NATO ausgebaut werden soll!

Österreichs Regierende haben ja **PESCO** unterzeichnet. Also **bedeutet** das ja laut Merkel gleich **auch einen indirekten NATO-Anschluss Österreichs!** Egal ob PESCO zur sogenannten "EU-Friedensunion" (= EU-Kriegsunion) führt oder wie wir jetzt durch Merkel erfahren, direkt in die NATO führt, beides ist brandgefährlich für die Menschen in Österreich und absolut unvereinbar mit unserer Neutralität.

Österreich raus aus PESCO!

Montag 20. Jänner 2020, 19.00 Uhr

Treffen + Diskussion

Krieg = größter Klimakiller

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Raum 4, Erdgeschoß